Zeitschrift: Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde

Herausgeber: Historische und Antiquarische Gesellschaft zu Basel

Band: 102 (2002)

Artikel: Zwischen Kollaboration und Widerstand : zur Tätigkeit schweizerischer Kulturwissenschaftler in der Region Basel während des Dritten Reiches

Autor: Fahlbusch, Michael

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-118452

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zwischen Kollaboration und Widerstand

Zur Tätigkeit schweizerischer Kulturwissenschaftler in der Region Basel während des Dritten Reiches

von

Michael Fahlbusch

Einleitung

Bisherige Studien zur Kollaboration von Schweizer Wissenschaftlern mit dem Dritten Reich versuchten einen Zugang fast ausschliesslich durch ideologiekritische Fragestellungen. In der Regel wurde zur Entlastung der Zeitgenossen festgestellt, dass die Wissenschaftler zumindest noch einen unabhängigen eidgenössischen Staat als Ausgangsbasis für ihre Annäherung an den Nationalsozialismus und die Vertreter des Jungkonservatismus nahmen. Da in den besetzten westeuropäischen Staaten ebenfalls Kollaborateure zwischen Anschluss an das Deutsche Reich und Eigenständigkeit schwankten, erscheint eine solche patriotische «Standhaftigkeit» als nicht mehr hinreichend, um dem Vorwurf der Kollaboration zu entgehen. Der hier vorgetragene Ansatz einer institutionen- und personengeschichtlichen Netzwerkanalyse versteht das kommunikative Handeln der Akteure als Ausgangsbasis für die Sicherung ihrer eigenen Karriereschritte. Damit werden für den fraglichen Zeitraum neue Dimensionen gemeinsamen Handelns und mentaler Parallelen offengelegt. Insbesondere der Unterschied zwischen der deutschen Rechten und den Nationalsozialisten wird in Frage gestellt, weil diese sich in den frühen 30er Jahren annäherten.

Ausgangspunkt sind die überlieferten Quellen der Alpenländischen und Westdeutschen Forschungsgemeinschaft, die in einem Verbund von sechs interdisziplinär und international verankerten Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften (VFG) seit 1931 die Kultur- und Gesellschaftswissenschaften dominierten.

Die «stur-wissenschaftliche» Einstellung dieses Forschungsverbundes, rechtfertigte der ehemalige Rektor der Universität Innsbruck und Leiter der Alpenländischen Forschungsgemeinschaft (AFG), Raimund Klebelsberg, rückblickend seine Tätigkeit, hätte allerdings «nach dem Kriegsende ohne Zweifel Anlass genug zu hochnotpeinlichen Verhören und Untersuchungen geben können.» Weder Aus- noch Inländer seien aber «dahintergekommen – zum Beleg dafür,

wie stümperhaft doch in mancher Hinsicht der ‹feindliche› Nachrichtendienst war, wenn nicht irgendwie jüdische Interessen im Spiele standen.»[1] Die Bemerkung Klebelsbergs ist insofern interessant, als sie Fragen nach dem Dahinterkommen der Nachrichtendienste aufwirft. Warum hätten «stur-wissenschaftlich» arbeitende Wissenschaftler etwas zu verbergen?

Im Kontrast steht dazu die Aussage seines Stellvertreters, des Aargauer Staatsarchivrats Hektor Ammann, welcher sich in einem Disziplinarverfahren nach dem Zweiten Weltkrieg wegen seiner politischen Tätigkeit stellen musste, obwohl ihn die aargauische Regierung 1941 bis 1945 in seinem Amt bestätigt hatte. Während des Prozesses 1947 legitimierte Ammann seine Mitarbeit in den Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften (VFG) damit, dass diese «niemals» politische Ziele verfolgt hätten: «Die Forschungsgemeinschaften waren», so Ammann, «gewöhnlich getragen von irgendeinem wissenschaftlichen Institut, so in Westdeutschland vom Institut für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande in Bonn. Sie waren in der Regel finanziert von den verschiedensten Stellen, wie Länder, Provinzen, Städte, wissenschaftliche Stiftungen [...] in einem Wechsel von Fall zu Fall. Bei den Tagungen wurden nie politische Probleme behandelt, nur wissenschaftliche. Die Behörden oder Partei traten nie in Erscheinung, auch nicht die örtlichen. Alle Teilnehmer verkehrten auf gleichem Fusse.»[2] Ammann, der selbst an Vorstandssitzungen mit Gauamtsleitern und Gaupropagandaamtsvertretern teilnahm, konnte mit dieser kühnen Behauptung über die unpolitische Tätigkeit der VFG in der Zivilklage gegen den Kanton Aargau seine Beibehaltung der Bezüge trotz Suspendierung erreichen.

Indes schilderte Klebelsberg zwei Sachverhalte richtig, einen dritten jedoch falsch. In der Tat kamen die geheimen Nachrichtendienste der Alliierten und der Schweiz den «Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften» (VFG) erst spät auf die Schliche bzw. haben sie deren Struktur – wie im Fall der Schweiz – nie durchschaut. Statt

[1] Raimund Klebelsberg, Innsbrucker Erinnerungen 1902–1952, Innsbruck 1953, S. 339f. Ganz in der apologetischen Narration Klebelsbergs liegt Horst Zimmermann, Die Schweiz und Österreich in der Zwischenkriegszeit, Wiesbaden 1973, S. 207ff. Vgl. dagegen meine Analyse: Michael Fahlbusch, Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die «Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften» von 1931–1945, Baden-Baden 1999.

[2] Archiv der ETH, Nachlass Ammann, VIII 161 und 162, Zivilklage Ammann gegen Kanton Aargau vom 30.8.1947, S. 41ff., sowie Antwort vom 13.12.1947 und Replik Ammanns vom 29.4.1948. Ein Nachweis über die Richtigkeit der Aussagen Ammanns dürfte damals den schweizerischen Justizbehörden allerdings schwergefallen sein, weil die Tagungsprotokolle fehlen.

dessen wurden ehemalige Mitglieder der VFG nach dem Kriegsende zur Gegenspionage in den benachbarten Staaten eingesetzt. Zweitens fanden einige Prozesse statt, z. B. gegen Hektor Ammann in der Schweiz, oder man denke an das Ermittlungsverfahren in Trient gegen den Leiter der AFG, Franz Huter, wegen der Entwendung von Kulturgütern, zu dessen Entlastung man sich auf eben diese «stur-wissenschaftliche» Haltung der Wissenschaftler berief. Drittens ist die Beteiligung von Vertretern der VFG bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der historiographischen Forschung nunmehr hinlänglich belegt.

Das internationale «Kartell des Schweigens» kann aufgrund neuer Forschungsergebnisse nicht mehr länger die Abstinenz deutscher Historiker im Nationalsozialismus beschönigen. In den VFG waren renommierteste Wissenschaftler beteiligt. Der Landesgeschichtler Hermann Aubin, die Mediävisten Albert Brackmann und Theodor Mayer sowie der Sozialhistoriker Otto Brunner gehörten zu den damals bereits etablierten Historikern in der Ostforschung, während Theodor Schieder und Werner Conze zu den vielversprechenden deutschen Nachwuchswissenschaftlern zählten. Die Tatsache ihrer Nähe zum NS-System und zum Holocaust warf und wirft noch immer Fragen auf. Bereits geklärt sind die abschreckenden Rollen des Historikers Georg Leibbrandt, dem Vorgesetzten der Osteuropäischen Forschungsgemeinschaft – der besser bekannt ist als Vertreter des Ostministeriums Rosenberg an der Wannsee-Konferenz in Berlin im Januar 1942 – sowie dessen Mitarbeiter, der Geograph Karl Stumpp, der als Tathelfer in einer Spezialeinheit nicht nur ethnographische Feldstudien in der Ukraine für die deutsche Volksliste durchführte, sondern sowohl mit dem Bleistift die einheimische Bevölkerung zählte, als auch bei der «ethnischen Säuberung» direkt involviert war[3].

Die Frage drängt sich auf, ob in der Westforschung und vor allem im alemannischen Raum vergleichbare Begebenheiten geschahen. Die vorliegenden Ausführungen sollen einen ersten Einblick darauf geben, da der Zugang zum Thema aus den Ergebnissen der

[3]Vgl. hierzu Fahlbusch (wie Anm. 1), S. 590–622, sowie Eric J. Schmaltz / Samuel D. Sinner, The Nazi Ethnographic Research of Georg Leibbrandt and Karl Stumpp in the Ukraine, and Its North American Legacy, in: Holocaust and Genocide Studies 14/1 (2000), S. 28–64; Ingo Haar, Deutsche «Ostforschung» und Antisemitismus, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 48 (2000), S. 485–508; Gideon Botsch, Geheime Ostforschung im SD. Zur Entstehungsgeschichte und Tätigkeit des Wannsee-Instituts 1935–1945, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 48 (2000), S. 509–524.

Forschungen über die Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften gewonnen wurde und weitergehende archivalische Untersuchungen noch geboten erscheinen.

In den Ausführungen über die Westdeutsche Forschungsgemeinschaft (WFG) konzentriere ich mich auf drei Ausgangslagen:

- Sie war eine von sechs Forschungseinrichtungen, die sich zu Beginn der 30er Jahre in den VFG zusammengeschlossen haben. Bei den VFG handelte es sich um eine wissenschaftliche Grossinstitution im Nationalsozialismus (NS). Ihre Arbeitsbereiche umfassten dabei alle Kulturwissenschaften, also Geistes- und Gesellschaftswissenschaften wie Geographie, Geschichte, Volkskunde, Vorgeschichte, Kunstgeschichte, um nur einige Disziplinen zu nennen.
- Ihre Aufgabe bestand darin, unter historisch-geographischen Gesichtspunkten die Grenzgebiete des Deutschen Reiches als deutsches Kulturgebiet zu reklamieren. Dies geschah sowohl mittels toponymischer (orts- und namenkundlicher) Studien als auch mittels historisch-geographischer, sogenannter kulturräumlicher Untersuchungen, bei denen nicht eine rassische Bezugnahme im Vordergrund stand, sondern ein Zusammenhang mit dem mittelalterlichen Deutschen Reich gesucht wurde. Insbesondere wurde bei diesen kulturräumlichen Studien auf ein mittelalterliches deutsches Nationsbewusstsein dieser Grenzvorlande abgestellt, welches noch bis in die Gegenwart hineinwirke, um somit territorialen Gebietsansprüchen eine Grundlage zu bieten. (Mit einem ähnlichem Verfahren wurde in der Schweiz zur selben Zeit «Schweizertum» nachgewiesen, vgl. u. a. Emil Egli.) Diese historisch-kulturellen Denkfiguren wurden mit geopolitischen, z.B. jener der geographischen Lage, oder rassischen Denkmustern untermauert.
- Am Beispiel der am Forschungsprojekt des alemannischen Kulturraums involvierten Wissenschaftler wird das kulturpolitische Spannungsfeld aufgezeigt, in dem sich ein nicht besetztes Land während der NS-Zeit befand. Deutlich wird anhand der kultur- und wissenschaftspolitischen Ansprüche des Nationalsozialismus dargestellt, wie sich diese Region in einer asymmetrischen, von den politischen Zentren abhängigen politischen Struktur befand. Die WFG war an dieser strukturellen Abhängigkeit beteiligt.

Nachfolgend liegt der Schwerpunkt auf der WFG, um eine Übersicht von diesem regionalen «Brain trust» und dessen strategischer Führung zu geben. Daran schliesst sich die historische Entwicklung

der WFG und die Umklammerung der Schweiz an. Das Hauptaugenmerk wird auf das Schnittfeld der alemannischen Region gelegt sowie auf das Arbeitsfeld im Ober- und Hochrheingebiet und auf die Frage, wie diese in das hegemoniale kulturpolitische Umfeld der deutschen Volkswissenschaft gerieten.

Ursprünge der wissenschaftlichen Grossorganisation

Das Reich hatte nach dem Ersten Weltkrieg ein Siebentel seiner Fläche und ein Zehntel seiner Bevölkerung verloren. Die revisionistischen Kräfte betrieben «den Volkstumskampf im Osten und Westen», und die Geschichtswissenschaft baute als «kämpfende Wissenschaft» ihr Arsenal an Argumentationshilfen für eine Neuordnung in Mitteleuropa «bis zu einer Linie zwischen Reval und Bukarest» zügig aus. Die Protagonisten dieser offensiven Ostpolitik unter der deutschen Historikerschaft verstanden diesen Volksbegriff in der Weimarer Republik kulturell. Insofern die Postulierung der kulturellen und zivilisatorischen Überlegenheit des deutschen Volkes im Vergleich zu seinen osteuropäischen Nachbarvölkern (Polen, Tschechen, Slawen insgesamt) als das Paradigma des Kulturbringertums, als Rassismus gedeutet wurde, kann man allerdings von *Kulturrassismus* oder *Kulturimperialismus* sprechen. Der kulturell-zivilisatorische Aspekt war von Anbeginn in der Volksgeschichte nur vorgeschoben, um die eigentlichen Ziele des politischen Revisionismus und der Grenzkorrekturen zu legitimieren. Im Westen jedoch äusserte sich der Kulturimperialismus als Spielart des Antiromanischen resp. -französischen, zumal die Nachbarstaaten durchaus auf gleichem kulturellen Niveau existierten oder gar dem Deutschen Reich im Verlaufe der Jahrhunderte verbunden waren[4].

Die Volksgeschichte der Weimarer Zeit setzte sich für eine Rückgewinnung der ehemals «deutschen» oder genauer: unter deutscher Herrschaft stehenden Gebiete ein, und später gar des gesamten deutschen «Volks- und Kulturbodens» – zu dem auch die Deutschschweiz zählte –, der von der Grenze des ehemaligen zaristischen

[4]Vgl. hierzu Willi Oberkrome, Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1945, Göttingen 1993; Peter Schöttler, Die historische «Westforschung» zwischen «Abwehrkampf» und territorialer Offensive, in: Peter Schöttler (Hrsg.), Geschichte als Legitimationswissenschaft, Frankfurt a. M. 1997, S. 204–263; Karen Schönwälder, Historiker und Politik. Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. / New York 1992.

Russland bis zur Burgunder Pforte im Westen, zum Bernina-Pass und zum Monte Rosa ausgriff. Das Ziel vor und nach 1933 blieb unverändert eine «Neuordnung des europäischen Raumes», welche «die politisch unreifen Völker Europas» (Schieder) im Rahmen einer universalen Reichsidee wieder unter deutsche Führung bringen sollte[5]. Die Reichsgrenze im Westen reichte der Vorstellung nach bis an die mittelalterliche Sprach- und Siedlungsgrenze.

Die neuen Forschungsergebnisse über die personellen und institutionellen Netzwerke im Dritten Reich legen nunmehr nahe, dass es unverkennbare Kontinuitätslinien zwischen der Volksgeschichte der Weimarer Zeit und der Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus gibt, die auf einen intensiven Austausch zwischen völkischen und nationalsozialistischen Denkfiguren verweisen. Die nahtlose politische und ideologische Kontinuität von Volksgeschichte und Volkstumsforschung veranschaulicht auch, dass beide Phasen auf intentioneller Ebene nicht erst des Nationalsozialismus bedurften, um rassistische Zielvorstellungen zu entwickeln.

Die VFG bestanden aus einem hierarchisch gegliederten Wissenschaftsverbund des Deutschen Reiches und der angrenzenden Nachbarländer. Die in Forschungsgemeinschaften, Publikationsstellen und anderen Einrichtungen institutionalisierte Volkstumsforschung der NS-Zeit zeichnete sich durch neue Strukturen aus. Die funktionale Struktur der Organisation der VFG sowie ihre regionale Gliederung garantierte den grössten Nutzen aus den Kompetenzen der eigenen Forscher zu ziehen. Sie ermöglichte auch projektgebundene Einsätze innerhalb anderer Ämter wie der Volksdeutschen Mittelstelle (Vomi), dem SS-Ahnenerbe, dem Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg und dem Sonderkommando Künsberg. Die Dienstaufsicht übten der Volksbund für das Deutschtum im Ausland (VDA) sowie die beteiligten kulturpolitischen Ressorts des Reichsministeriums des Innern (RMdI) und des Auswärtigen Amts (AA) aus[6].

Der Leiter des Staatsarchivs Aarau, Hektor Ammann, hob als einer der «wesentlichsten Gründer» der VFG ihre politisch bedingte Ent-

[5]Wolfgang Mommsen, Vom Volkstumskampf zur nationalsozialistischen Vernichtungspolitik im Osten. Zur Rolle der deutschen Historiker unter dem Nationalsozialismus, in: Winfried Schultze, Gerhard Oexle (Hrsg.), Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 1997, S. 187f.; vgl. auch Aram Mattioli, «Volksgrenzen» oder Staatsgrenzen? Wissenschaft und Ideologie in der Debatte um die Hochrheingrenze (1925–1947), in: Guy P. Marchal (Hrsg.), Grenzen und Raumvorstellungen (11.–20. Jh.), Zürich 1996, S. 285–311.

[6]Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PAAA) Kult VI A 2-FOG Bd. 6, Vereinbarung F. Stieve, AA, und Reg.Rat Massmann, VDA, vom 20.5.1936, Bl. E62290f.

stehung hervor. Er verwies auf die grundlegende Arbeit der in der Weimarer Republik aufgelösten *Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung* in Leipzig. Seit deren Stilllegung konzentrierte sich die Arbeit auf fünf Aufgabenbereiche: «1. die Trennung von Wissenschaft und Politik, wissenschaftliche Beantwortung politischer Fragen, 2. Heranziehung der wirklich Tätigen, 3. Verzicht auf Öffentlichkeit, 4. Aufgliederung nach regionalen Kampfgebieten [... und] 5. Koordination der Forschungsgemeinschaften durch [einen] Verbindungsmann (Steinacher).» Ammann unterstrich ferner, dass die VFG ohne ein «festes Schema» auskommen müsse, womit er die Arbeitsmethode der «verschieden nach den Frontabschnitten» zu leistenden Arbeit charakterisierte[7]. Ihm zufolge lagen die Ursprünge der Forschungsgemeinschaften in der «Mobilisierung aller Kräfte und Träger deutscher Kultur» gegen die «vernichtenden Folgen der Katastrophe vom November 1918 für den gesamten deutschen Kulturkreis». Während die Aufgaben und Methoden des Forscherverbundes rein wissenschaftlich seien, bliebe das «Endziel» ein im «weitesten und besten Sinn politisches». Unter Heranziehung sämtlicher existierender wissenschaftlicher Institutionen sei eine optimale Ausnutzung der Forschung zu erreichen, die sich im Gegensatz zur Arbeit der Leipziger Stiftung nicht durch Hervortreten in der Öffentlichkeit oder durch «geräuschvolle Pressearbeit und Reklame» in ihrer «vertraulichen Arbeit» beeinträchtigen dürfe. Die Praxis, Tagungen durchzuführen, bewähre sich, zumal die Aufgabenverteilung, die Stipendienvergabe und die Anregung von Publikationen kontrolliert werde[8]. In diesem Sinne war die Kontrolle der deutschen und westeuropäischen Forschung ein zentraler Bestandteil der Westforschung.

Zwei Forschungsgemeinschaften (FOG), die Alpenländische Forschungsgemeinschaft (AFG) und die Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft (SODFG), waren nicht im Deutschen Reich, sondern in Österreich und der Schweiz angesiedelt. Demnach handelt es sich um eine wissenschaftliche Grossinstitution im Nationalsozialismus. Neben der *regionalen* Zuständigkeit der VFG lässt sich eine funktionale Struktur der einzelnen beteiligten Institute herausarbeiten. Diese spiegelt sich in der Gliederung der Zuständigkeiten ihrer Institute. Die Funktionshierarchie weist in der obersten, ersten Funktionsebene den Vorstand der VFG aus. Diesem gehörten zum einen

[7]Bundesarchiv Koblenz (BAK) R153/1527, Protokoll der Tagung in Zeven vom 24./25.3.1934, S. 3.

[8]BAK R153/1546, Bericht der Gründungstagung der NOFG in Berlin vom 19./20.12.1933, S. 4f.

die sechs Leiter der VFG, der Leiter der Geschäftsstelle der VFG in Berlin und zum anderen die zuständigen Referenten der oben erwähnten Ministerien und der Vomi an. Während des Krieges kamen noch die Leiter der Publikationsstellen der jeweiligen Forschungsgemeinschaften hinzu, so dass der Personenkreis etwa 15 bis 18 Personen umfasste. Dieser Vorstand stellte die *strategische Ebene* der deutschen Volkswissenschaften dar und definierte die wissenschaftspolitische Entwicklung der deutschen Volkswissenschaft im Dritten Reich. Er setzte sich aus zwölf Historikern, je drei Geographen und Archivaren und je einem Geologen und einem Wirtschaftswissenschaftler zusammen. Auffällig an der Zusammensetzung ist, dass der überwiegende Teil der Führungskräfte vor der Jahrhundertwende geboren wurde. Der älteste war Albert Brackmann (Jahrgang 1871); er war zum Zeitpunkt der Machtübernahme bereits 62 Jahre alt. Die Geschäftsführer der P-Stellen waren bis auf Paul Wentzcke nach der Jahrhundertwende geboren; der Jüngste war 1937 erst 25 Jahre alt. Von den Führungskräften waren nur sechs nicht Mitglied der NSDAP. Fast alle stammten aus dem Umfeld der Jungkonservativen in der Weimarer Republik oder waren Mitglied der Deutschen Akademie in München (DA).

Die kulturpolitische Umklammerung der Schweiz

Das Credo der westdeutschen Volksforschung war einerseits geprägt von den Einstellungen zur geplanten territorialen Neugliederung des Deutschen Reiches, die im Hinblick auf die Rückgliederung des Saarlandes noch dem Völkerbund Rechnung trug, andererseits vom kulturellen Gegensatz zwischen romanischer und germanischer Kultur, der sich bis in die historische Literatur des 19. Jahrhunderts zurückverfolgen lässt. Der erste Vorsitzende der WFG, Franz Steinbach, bezeichnete die strategische Vorgehensweise unumwunden: «Gegenüber dem völligen Versagen der deutschen Geschichtswissenschaft des 19. Jahrhunderts, die sich zuletzt fast ausschliesslich mit dem Vordringen der Franzosen an der deutschen Westgrenze anstatt mit dem zähen und tragischen Abwehrkampf des Deutschtums befasste, erblickt die [Westdeutsche] Forschungsgemeinschaft in der Erkundung der deutschen Reichsgeschichte im Westen und besonders in den verlorenen Gebieten ihre vornehmste Aufgabe.»[9]

[9] PAAA R60271, S. 8.

Steinbachs offensive Strategie trachtete danach, die im benachbarten Ausland lebenden deutschgesinnten Kulturwissenschaftler einzubinden. Die Westgrenze von Kleve bis Saarbrücken bot ihm noch eine «bescheidene, aber sichere Grundlage» unter dem Einfluss der WFG, welche über «eine Anzahl von tüchtigen und zuverlässigen Mitarbeitern [verfügte], die sich der deutschen Wissenschaft verbunden und verpflichtet» fühlten. Doch stellte sich südlich des Saarlands ein entsprechend grosses Defizit ein. Steinbach wählte ein «bestimmtes Verfahren» für die Westforschung, um eine hegemoniale Wissenschafts- und Kulturpolitik zu verwirklichen: «Alle landeskundliche Forschung und Darstellung muss vom Binnenland her über die politischen Grenzen vorgetrieben werden, alle Wissenschaftsarbeit jenseits dieser Grenzen muss ihren sicheren Rückhalt, ihre festen Bindungen im Innern haben, um stets die richtungsweisenden Anregungen aus den Standorten der deutschen Wissenschaft zu erhalten.» Im Gegensatz zur Ostforschung sah er die Mittel im Westen als nicht ausreichend an, um eigene Forschungen zu betreiben. Er beabsichtigte deshalb, die allgemeine «Wissenschaftsrichtung in den abgesprengten Deutschtumsgebieten» durch Beeinflussung anzukurbeln. Eine andere «Kampfesweise» sei im Westen auch nicht angebracht. Für den alemannischen Raum seien «neue Wachstumsspitzen aus dem Innern des alemannischen Lebensraumes in die volksdeutschen Aussengebiete» zu treiben. Damit waren die Aufgaben der einzelnen regionalen Institute umrissen. Am Oberrhein zeige sich gar 1934 noch eine Schwachstelle, weil die «oberrheinische Wissenschaft noch sehr viel stärker grenzpolitisch ausgerichtet» werden müsse. Ziel war es, das vorhandene Defizit in der ethnozentrischen Forschung über den alemannischen Raum abzubauen[10]. Er konnte auf die grenzüberwindenden Kräfte hoffen, bei denen sich deutsche und Schweizer kulturpolitische Aversionen gegen die romanische Kultur trafen; befürchteten sie doch die Umklammerung oder «Überfremdung» der Schweiz.

In der Tat dachten auch die Spitzenvertreter der deutschen Volksforschung im Westen räumliche Ergänzungsstrategien an, die sich in

[10]BAK R153/1705, Berichte der Haushaltsbesprechung vom 24.3. 1935, Bericht F. Steinbach, S. 1ff.; vgl. auch PAAA Kult VI A 2-FOG Bd. 3, Jahresbericht der WFG 1933, Bl. E61743-750; vgl. BAK R153/1296, Bericht über die Besprechung der Vorstände der VFG in Überlingen am 19.10.1934, sowie Wolfgang Freund, Volk, Reich und Westgrenze: Wissenschaften und Politik in der Pfalz, im Saarland und im annektierten Lothringen 1925–1945, Dissertation Univ. des Saarlandes, Sept. 2001; Hans Derks, Deutsche Westforschung. Ideologie und Praxis im 20. Jahrhundert, Leipzig 2001.

den kommenden Jahren auf die Gewinnung von deutschfreundlich gesinnten ausländischen Partnern beschränkten. Seit 1938 wurden jedoch zunehmend auch im Westen statistische und historisch-geographische Grundlagen für die zuständigen Stellen zur Annexion erarbeitet. Dementsprechend kommentierten die Westforscher die völkerrechtlich einschneidenden Neuordnungspläne ab 1940, die weit über die Revision des Versailler Vertrags hinausgingen: Es handele sich um deutsche «Rechtsansprüche, die aus der geographischen Struktur dieser Räume und ihrer Zugehörigkeit zum Reich aus der germanischen Besiedlung und späteren Zuwanderung aus dem geschlossenen deutschen Volksgebiet» hervorgingen[11]. Die weiteren Ausführungen werden zeigen, dass in der kulturwissenschaftlichen Forschung systematisch gegen die westlichen Nachbarländer vorgegangen wurde, indem auf einem hegemonialen, asymmetrischen Verständnis des Kultureinflusses aufgebaut und die NS-Kulturpolitik gefördert wurde.

Die Organisation der WFG

Die WFG wurde ursprünglich als Rheinische Forschungsgemeinschaft am 27. Juni 1931 von Landeskundlern, Historikern und Geographen in Bingen gegründet. Ihre Leiter waren zuerst der Bonner Landeskundler Franz Steinbach, dann der Freiburger Mediävist Theodor Mayer. Nach einer kurzen interimistischen Phase unter Leitung des Geographen Wolfgang Panzer aus Heidelberg wurde schliesslich der Freiburger Geograph Friedrich Metz am 14. Oktober 1940 zum Leiter der WFG berufen. Als sein Stellvertreter wurde der Generaldirektor der Staatsarchive, Ernst Zipfel, ernannt, der zugleich den «Archivschutz» in den besetzten Gebieten leitete. Ein Beirat der Gebietsvertreter, bestehend aus Ernst Rieger, Friedrich Metz, Franz Steinbach, Paul Wentzcke sowie Hektor Ammann als Vertrauensmann für die Schweiz, unterstützte die Führung der WFG. Sie gehörten den vier angeschlossenen Instituten an, die das Rückgrat der WFG bildeten: das 1929 gegründete Provinzialinstitut für westfälische Landes- und Volkskunde in Münster, das 1920 entstandene Institut für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande an der Universität Bonn, das 1919 von Flüchtlingen initiierte Wissenschaftliche Institut der Elsass-Lothringer im Reich an der Universität

[11] Geheimes Staatsarchiv Berlin (GSTA) Dahlem, Rep. 178 VII/3A5, Bd. 1, Metz/Zipfel vom 5.9.1940, Bl. 93f.

Frankfurt und das erst 1931 eingerichtete Alemannische Institut in Freiburg[12]. Die zugehörige Publikationsstelle wurde 1941 im Elsass-Lothringen-Institut in Frankfurt a.M. angesiedelt. Ihr Leiter war Paul Wentzcke. Organisationen der 5. Funktionsebene, auf örtlicher Ebene, waren die Arbeitsgemeinschaft der südbadischen Geschichtsvereine, der Bodenseegeschichtsverein in Konstanz, der Geschichtsverein in Schaffhausen und die Fricktaler Vereinigung in Rheinfelden sowie weitere örtliche Heimat- und Geschichtsvereine.

Das Arbeitsgebiet entsprach der landesgeschichtlichen Organisationsform der historischen Kommissionen und landeskundlichen Forschungsinstitute. Es umfasste den gesamten westlichen Grenzraum von den Benelux-Staaten als sogenannte Reichsvorlande bis zur Schweiz einschliesslich der nördlichen und östlichen Departemente Frankreichs. Eine Überschneidung mit der AFG innerhalb der Schweiz wurde insofern vermieden, als die AFG den italienischsprachigen Grenzraum in der Schweiz betreute, während die WFG den alemannischen Raum und das hochrheinische Grenzgebiet abdeckte. Ebenso kamen einige Vertreter der WFG – wie etwa der aus Bonn stammende Kunsthistoriker Heribert Reiners – von der Universität Fribourg, welche seit je über einen starken Anteil österreichischer Vertreter verfügte[13].

Die durchgängig flächendeckende Organisationsstruktur erlaubte gute Kontakte in die Benelux-Staaten, nach Frankreich und in die Schweiz. Die WFG verfügte über eng kooperierende «volksdeutsche» Organisationen im alemannischen Raum. Es handelt sich um

- den Deutschschweizerischen Sprachverein (Eduard Blocher)
- die Schweizerische Vereinigung für Heimatschutz (Gerhard Boerlin)
- den Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz (Hektor Ammann)
- das Mouvement National (Walter Michel)
- den Bund nationalsozialistischer Schweizerstudenten

[12] Vgl. ausführlich zu den Instituten Fahlbusch (wie Anm. 1), S. 367ff. und 691ff.

[13] Vgl. Heribert Raab, Beziehungen und Ausstrahlung, in: Geschichte der Universität Freiburg / Schweiz 1889–1991, Fribourg 1991, Bd. 1, S. 277–306. Heribert Reiners aus Fribourg schnitt mit der These, dass das schweizerische Sprachgrenzgebiet kulturell deutsch geprägt sei, die in Deutschland wenig bekannte Frage an, inwieweit eine Verbindung zwischen dem burgundischen und dem alemannischen Sprachraum bestehe. Insbesondere Fribourg und Sion im Wallis seien durch die germanisch geprägte burgundische Kunst beeinflusst worden. Inwieweit die burgundische Kunst noch bis ins 18. Jahrhundert mit germanischen Elementen durchsetzt gewesen sei, sei zentraler Gegenstand der Forschung. BAK R153/1509, ebd., S. 8.

- den Hilfsbund der Elsass-Lothringer im Reich (Adolf Goetz)
- die Alt-Elsass-Lothringische Vereinigung (SS-Standartenführer Robert Ernst)

Die Vertreter dieser Organisationen waren in der Regel auch die Ansprechpartner der WFG. Über sie gelangten die wesentlichen Informationen in das Deutsche Reich und ins Ausland. Bei den separatistischen Verbänden handelte es sich um Organisationen, die durch das Deutsche Reich, respektive den VDA oder die Volksdeutsche Mittelstelle der SS gefördert wurden. In Westeuropa existierte mit den anderen – hier nicht erwähnten – Organisationen eine flächendeckende Organisationsstruktur. Gemeinsam war den Organisationen, dass sie eine mehr oder minder feste Anbindung an das Dritte Reich suchten. Zählten in der Schweiz eher kulturpolitische Aspekte (deutsche Sprache und Kultur im Mittelalter und in der Neuzeit) als Argumente für eine politische Annäherung, waren es in den Benelux-Staaten und bei den flämischen Separatisten in Nordfrankreich die Ursprünge der germanischen Sprache und Kulturgeschichte (Vorgeschichte). Je mehr das Deutsche Reich sich seit 1938 wissenschaftlich isolierte, um so wichtiger wurden die neu eingerichteten deutschen wissenschaftlichen Institute, die – zumeist von Mitgliedern der VFG geleitet – die deutsche «kulturelle» Präsenz in diesen Ländern erhöhte, wenn sie nicht – wie Franz Petri – direkt in der deutschen Besatzungsverwaltung die Kulturpolitik beeinflussten[14].

Eine freundschaftliche Verbundenheit entwickelte Hektor Ammann zum 1935 an die Universität Freiburg i. Br. berufenen Geographen *Friedrich Metz* als Nachfolger Theodor Mayers. Dieser vertiefte seine schon während der Weimarer Republik angebahnten Kontakte zu ‹germanophilen› oder nationalsozialistischen Schweizern wie Hektor Ammann, Hans Oehler und Ernst Winkler und konnte seine Stellung in der südwestdeutschen Grenzlandforschung zuerst als stellvertretender Vorsitzender, später als Leiter der WFG und Leiter des Alemannischen Instituts ausbauen. Metz' grenzpolitische Initiative trachtete danach, zunehmend die Schweiz in die deutsche ‹Volksnation› einzubinden. Sie war mehr als nur leidenschaftlich. Als Wegbereiter der ‹völkischen Geographie› bewies er schriftstellerische Phantasie. Bereits 1924 hatte er mit seiner Habilitationsschrift «Die Oberrheinlande» versucht, die Einheit des Oberrheingebietes aufgrund klimatischer, landschaftskundlicher Faktoren

[14]Vgl. GSTA Dahlem, Rep. 178 VII/3A5, Bd. 1, Aktennotiz Zipfels vom 14.8.1940, Bl. 61f. Wilfried Krallert, Vermerk über die Prager Tagung vom 9.–10.3.1944, Bl. 3.

und kulturgeographischer Indizien nachzuweisen. Ihm widersprachen jedoch Eduard Schulte (Bonn) und Wilhelm Kapp (Freiburg), die siedlungs- und kulturhistorisch starke Unterschiede zwischen dem linken und dem rechten Rheinufer festgestellt hatten. Nach dem Zweiten Weltkrieg trugen ihm seine vergangenen Aktivitäten im Zusammenhang mit der Gründung des Südweststaates wiederholt den Ruf ein, einen alemannischen Grossraum schaffen zu wollen[15].

Metz gehörte – einer typischen NS-Wissenschaftlerkarriere entsprechend – folgenden Organisationen an: Seit 1909 war er Mitglied des Volksbundes für das Deutschtum im Ausland (VDA), 1929 wurde er Nachfolger Robert Gradmanns als Vorsitzender der *Zentralkommission für wissenschaftliche Landeskunde von Deutschland*. Mitglied der NSDAP war er seit dem 15. April 1933 unter der Nummer 1.604.506. Die Leitung der *Abteilung Siedlung* (ursprünglich *Grenz- und Auslandsdeutschtum*) der *Reichsarbeitsgemeinschaft für Volkswissenschaft* in der DFG hatte er ebenfalls inne. Er übernahm ausserdem die Leitung der *Hochschularbeitsgemeinschaft für Raumforschung* an der Universität Freiburg. Ferner war er ehrenamtlicher Mitarbeiter im Hauptschulungsamt der NSDAP. Ihm wurde für die politische Unterstützung die Medaille zur Erinnerung an den 13. März 1938, den Tag der Annexion Österreichs, verliehen[16]. Als Rektor der Universität Freiburg i. Br. wurde Metz jedoch 1938 abgesetzt. Er verweigerte während der Verleihung der Ehrendoktorwürde für Benito Mussolini bei der 400-Jahr Feier der ETH Lausanne als Leiter der deutschen Delegation den Hitlergruss, um seiner Missbilligung der Südtirol-Entscheidung Ausdruck zu geben[17]. Als Rektor der Uni-

[15]Vgl. Archiv ETH NL Ammann IX 214, Metz/Ammann Zur persönlichen Unterrichtung. Beziehungen von Prof. Metz zur Schweiz, o.D. (nach 1945). Vgl. ebd., 125, Pressestimmen, Die rheinschwäbische Nachtigall, in: Badisches Tagblatt vom 19.3.1949. Vgl. PAAA, Kult VI A 2 Nr. 11 Bd. 2, Protokoll der Tagung in Heppenheim vom 5.–7.10.1924, S. 18ff. Er schrieb auch unter dem Pseudonym Fritz Bader.

[16]Vgl. Mechtild Rössler, Wissenschaft und Lebensraum. Geographische Ostforschung im Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Disziplingeschichte der Geographie, Diss. Hamburg 1990, S. 193, sowie BAK R73/323 und BAP Rep. 15.01/27133, Ritterbusch/Metz vom 25.11.1942, Bl. 7f. Vgl. Bundesarchiv Potsdam Film Nr. 618, 4. Redaktions- und Amtstagung Reichsschulungsbriefe der NSDAP 1940.

[17]Vgl. Mechtild Rössler, Die Geographie an der Universität Freiburg 1933–1945. Ein Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte des Faches im Dritten Reich, in: Fahlbusch, Michael; Rössler, Mechtild; Siegrist, Dominik, Geographie und Nationalsozialismus. 3 Fallstudien zur Institution Geographie im Deutschen Reich und der Schweiz, Kassel 1989, S. 101. Metz fühlte sich in Opposition, weil der Vertrag über die endgültige Abtretung Südtirols an Italien absehbar war.

versität Freiburg veranlasste er die Entlassung von sogenannten «jüdisch versippten», mit jüdischen Ehepartnern verheirateten Professoren[18].

Seit 1935 förderte er als Präsident der Johann Wolfgang Goethe-Stiftung, einer Tochter-Stiftung der Stiftung F.V.S. (Freiherr von Stein) des Hamburger Geschäftsmannes Alfred C. Toepfer, die Preisvergabe unter NS-Schriftstellern und Künstlern im alemannischen Raum. Diese Stiftung nahm 1968 unter dem gleichen Namen wiederum die Tätigkeit in Basel auf[19]. In der Zeit von 1936 bis 1938 nahm er an den Tagungen des Deutsch-Schweizerischen Rheinschifffahrtsverbandes in Säckingen und Konstanz teil. Es bestanden im Rahmen des Vierjahresplanes deutsch-schweizerische Pläne, den Hochrhein bis zum Bodensee schiffbar zu machen.

Als Volkswissenschaftler vertrat Metz in seinen wissenschaftlichen Schriften keinen wissenschaftlich unterbauten Antisemitismus wie z. B. Siegfried Passarge. Er benutzte jedoch den latenten Antisemitismus als Alltagsbewusstsein in denunziatorischer Absicht, indem er von der «parasitären Existenz» der Juden sprach[20]. Zudem setzte Metz seine antisemitischen Vorurteile gegenüber Kollegen bedingungslos ein[21]. Nach dem Krieg beklagte sich Metz in einem Brief an seinen Freund in der Schweiz, Hektor Ammann, über die schleppende Wirtschaftsreform in Deutschland: «Schlimmer als der Hass ist Verachtung. Und niemand braucht sich zu wundern, wenn heute der Antisemitismus grösser ist denn je. Dazu brauchte man die Ent-

[18] Vgl. Bernd Martin, Die Entlassung der jüdischen Lehrkräfte an der Universität Freiburg und die Bemühungen um ihre Wiedereingliederung nach 1945, in: Freiburger Universitätsblätter Heft 129/1995, S. 7–46.

[19] Siehe Fahlbusch (wie Anm. 1), S. 116ff. Vgl. PAAA, Inland II C 2 Goethestiftung Bd. 1. Vgl. auch ebd., Deutsche Gesandtschaft Bern 3239, WFG und Alemannisches Institut.

[20] Vgl. Horst-Alfred Heinrich, Politische Affinität zwischen geographischer Forschung und dem Faschismus im Spiegel der Fachzeitschriften. Ein Beitrag zur Geschichte der Geographie in Deutschland von 1920 bis 1945, Diss. Giessen 1991, S. 137 und 161ff.

[21] In einem Gutachten über den Geographen Brandt an der Deutschen Universität Prag, welches Metz an den Dekan der Naturwissenschaftlich-Mathematischen Fakultät der Universität Erlangen richtete, hob er Brandts «enge Fühlung mit der Prager Judenschaft [...] die ihm seine geographischen Studienfahrten finanzierten [...]» als bedenklich hervor, um ihn als möglichen Nachfolger zu disqualifizieren. Dass dies keine zufällige Äusserung war, belegt auch sein Gutachten an das AA, worin er sich über die künftige Gestaltung der CSR nach dem Münchner Abkommen befasste. Vgl. BAK R153/1422, F. Metz, Was soll aus den sudetendeutschen Hochschulen werden? vom 7.11.1938.

nazifizierung nur in die Hände von Juden zu legen.»[22] Metz wurde Anfang 1950 entnazifiziert, weil ihm keine ernsthaften Verbindungen zum Nationalsozialismus oder gar Antisemitismus angelastet wurden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg trat Friedrich Metz dem 1955 wiedergegründeten VDA als Vorstandsmitglied bei. Er gehörte mit Hermann Aubin dem 1952 gebildeten Luther-Ausschuss zur Neugliederung des deutschen Bundesgebiets an. Erst ab 1953 wurde er wieder an den Lehrstuhl für Geographie in Freiburg zugelassen. Für seine Verdienste im Volkstumskampf und für die Demokratie wurde er zum Ehrenpräsidenten des Zentralausschusses für deutsche Landeskunde ernannt, und er erhielt 1965 zusammen mit dem ehemaligen Leiter der Überseedeutschen Forschungsgemeinschaft in Hamburg, Adolf Rein, die Freiherr-vom-Stein-Medaille der Stiftung F.V.S. in Hamburg[23]. Die schillernde Betätigung von Friedrich Metz in allen deutschen Grenzgebieten kulminierte jedoch im alemannischen Raum und in den Kontakten in die Schweiz.

Basler und Schweizer Wissenschaftler

Zum Verständnis einer Kollaboration Schweizer Wissenschaftler mit Deutschland bedarf es einer Erklärung, die sich nicht damit begnügen kann, dass die Schweiz nicht besetzt worden sei, oder dass Schweizer Wissenschaftler sich immer noch auf die Neutralität ihres Vaterlandes berufen haben. Wie bereits erwähnt, stellte das kulturpolitische Wechselverhältnis zwischen Germanen und Romanen einen nicht zu unterschätzenden Kristallisationskern dar, um sich zwischen Schweizertum und Solidarität mit den kriegführenden

[22] Archiv ETH NL Hektor Ammann IX 214, Metz/Ammann 20.6.1948. Diese Form von Antisemitismus wurde übrigens 1931 in der «Deutschen Rundschau» zur Thematisierung der ‹Judenfrage› von Pechel so formuliert: «Es kam uns darauf an, zu zeigen, was für Gefühle auf unserer Seite, nicht bei uns als Personen, durch unverantwortliche Entgleisungen entstehen. Es kam uns darauf an zu zeigen, wieviel antisemitische Empfindungen ihre Quelle in Taten und Äusserungen jüdischer Menschen haben. Wir wollten [...] unseren Teil dazu beitragen, Schwierigkeiten zu beseitigen und eine Gefahr zu beschwören, die für den Schwächeren in diesem Streit besteht.» Abschluss – Rudolf Pechel, Paul Fechter, Mai 1931, S. 164, zitiert bei Volker Mauersberger, Rudolf Pechel und die «Deutsche Rundschau». Eine Studie zur konservativ-revolutionären Publizistik in der Weimarer Republik (1918–1933), Bremen 1971, S. 284.

[23] Vgl. Emil Meynen, Friedrich Metz, 8.3.1890 bis 24.12.1969, in: Berichte zur deutschen Landeskunde 44/1970, S. 55–74.

Mächten zu entscheiden. Der Grad der Kollaboration reichte dabei von der Teilnahme an Tagungen oder Publikationen bis zur Zusammenarbeit mit wichtigen politischen Instanzen im Deutschen Reich[24].

Anhand der Biographie *Hektor Ammanns* (1894–1967) können beispielhaft einige dieser Unklarheiten geklärt werden. Er entstammte einer mittelständischen Familie aus dem Kanton Aargau und studierte Geschichte und Geographie in Zürich, Genf und in Berlin. Er zählte die alldeutschen Wissenschaftler, den Geographen Albrecht Penck sowie den Hanse-Historiker Dietrich Schäfer zu seinen Lehrern. 1917 profilierte er sich bereits als Gegner der «Überfremdung» der Schweiz durch Italiener; eine Thematik, die er auch während des Dritten Reiches pflegte[25]. Nachdem er während des Ersten Weltkrieges in der alldeutschen Zeitschrift «Deutsche Erde» publiziert hatte, festigte Ammann in den 20er Jahren in jungkonservativen deutschen Intellektuellenzirkeln seine germanophile Einstellung. Seine vielversprechende Dissertation über die Wirtschaftsverbindungen der Schweizer Messen, worin er einen positiven deutschen ökonomischen Einfluss postulierte, setzte er jedoch nicht weiter in eine universitäre Laufbahn um, da sein Habilitationsantrag wegen seiner germanophilen Haltung von Schweizer Fakultäten nicht akzeptiert wurde. Inwieweit seine Nähe zur deutschen Volkstumspolitik bzw. zur NSDAP ausschlaggebend war, ist bisher nicht bekannt. Politisch stand er auf jeden Fall in der «Kampfzeit in München um 1920 herum Adolf Hitler sehr nahe [...] und [gewann]

[24] Hektor Ammann z. B. erkannte in der einseitig verbreiteten französischen Lektüre eine Gefahr, welche besonders auch in der Schweiz dazu führe, dass «ganz andere Vorstellungskreise in den Menschen erzeugt werden und eine Entfremdung von dem deutschen Leben im engeren Kreise eintritt, das bisher für die Schweiz so charakteristisch [sic!] war und im Interesse der Erhaltung der eigenen Art gelegen ist.» Vgl. Verwaltungsarchiv des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe Münster (VALWL), C70, Nr. 158, Bericht über die Tagung in Bitburg vom 10./12.9.1936, S. 28.

[25] Nicht nur sah er die Schweiz durch die Arbeitsmigranten aus dem Tessin und Italiens von «zunehmender Überfremdung» bedroht, sondern sah mehr noch die «Eigenart der Schweiz» gefährdet. Vgl. Hektor Ammann, Die Italiener in der Schweiz. Ein Beitrag zur Fremdenfrage, Basel 1917. In diesem kleinen Beitrag lieferte er mittels zweier ethnographischer Karten über die Bevölkerungsverteilung der Italiener in der Schweiz den Beleg seiner xenophoben Argumente. Die Bestandsaufnahme Ammanns über die italienischen Quellen zur Wirtschaftsgeschichte vermitteln einen Überblick über die Ziele der AFG. Vgl. Hektor Ammann, Neue italienische Quellen zur mittelalterlichen Wirtschaftsgeschichte, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 36 (1942), Heft 1.

dadurch auch Beziehungen zur Nationalsozialistischen Partei [...].»[26] Diese Beziehung drückte sich laut Daniel Bourgeois darin aus, dass er an «der Ausarbeitung der Statuten der Nationalsozialistischen Partei mitgewirkt» habe[27].

1923 schlug er dementsprechend eine politische Laufbahn als Sekretär des zwei Jahre zuvor gegründeten *Volksbundes für die Unabhängigkeit der Schweiz* ein und agierte gegen die Völkerbundpolitik der Schweiz. Seine Ernennung zum Staatsarchivar und zum Leiter der Bibliothek in Aarau erfolgte 1929. Diese Funktion übte er bis zu seiner Entlassung 1947 aus, unter Weiterbezug seines Gehalts. Er übersiedelte 1955 auf Initiative Ernst Plewes und Hermann Aubins an die Wirtschaftshochschule nach Mannheim[28]. 1958 nahm er eine Gastprofessur an der Universität Saarbrücken an, die 1960 in eine Professur für Wirtschaftsgeschichte umgewandelt wurde. Er leitete bis zu seinem Tod das Institut für Landeskunde des Saarlandes.

Als deutschfreundlich gesonnener Wissenschaftler war Ammann Mitglied der Abteilung Deutsche Geschichte in der Deutschen Akademie in München[29]. 1934 trat er zudem in den Verwaltungsrat der «Neuen Basler Zeitung» ein und besass Aktienkapital dieser Zeitung,

[26]BAK R153/1532, Brackmann/Haering vom 21.2.1940. Sowohl im ‹politischen› Nachlass Ammanns im AETH in Zürich als auch im ‹wissenschaftlichen› Nachlass in Münster sind weder Tagungsprotokolle noch andere Materialien der VFG verwahrt. Auch in der Akte Hektor Ammann 1939–1944 im Bestand BAK R153/1090 sind keine Unterlagen enthalten, die Aufschluss über die Beziehungen Ammanns zur VFG während der Kriegszeit geben könnten. Bezeichnenderweise hält Horst Zimmermann Ammanns grossdeutsche Interessen, bei alldeutschen Professoren Geschichte und Geographie studiert zu haben, für einen «beinahe kindliche[n] Fehler». Vgl. Zimmermann (wie Anm. 1), S. 210. Im übrigen verfolgt Zimmermann einen neokonservativen Faschismusbegriff im Sinne Armin Mohlers. Vgl. Horst Zimmermann, Die Schweiz und Großdeutschland. Das Verhältnis zwischen der Eidgenossenschaft, Österreich und Deutschland 1933–1945, München 1980, S. 215. Es ist im übrigen nicht verwunderlich, wenn Zimmermann immer wieder Mitglieder der VFG, u. a. M. Wutte, H. Hassinger, R. Klebelsberg, L. Santifaller und E. Meynen, als Referenzen für seine Argumentation eines gross(gesamt)deutschen Bewusstseins anführt, ohne diese historiographisch als Vertreter der gesamtdeutschen Auffassung näher zu kontextualisieren.

[27]Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), Hans Steinacher. Bundesleiter des VDA 1933–1937. Erinnerungen und Dokumente, Boppard am Rhein 1970, S. 281, zitiert bei Daniel Bourgeois, Das Geschäft mit Hitlerdeutschland. Schweizer Wirtschaft und Drittes Reich, Zürich 2000, S. 44f.

[28]Trotz vorgebrachter politischer Bedenken seitens einiger Senatsmitglieder hatte der Rektor der Universität Mannheim nach Rücksprache mit dem Leiter der Kulturabteilung des Bundesinnenministeriums, Paul Egon Hübinger, Ammann zum Honorarprofessor ernannt. Vgl. Archiv der Universität Mannheim, C1 12/2 Senatsprotokoll vom 26.2.1955 und 23.7.1955. Diesen Hinweis verdanke ich Markus Enzenauer.

[29]Vgl. BABL H. Ammann, Deutsche Akademie.

die 1939 wegen NS-Propaganda von der Basler Regierung verboten wurde. Im Aargauischen war die Regierung offenbar anderer Auffassung. Sie stellte sich sowohl 1941 als auch 1945 hinter ihren Staatsarchivar, musste ihn jedoch angesichts des Endes des Dritten Reiches fallen lassen. Dass Horst Zimmermann Hektor Ammann geradezu als «Opfer» der Zeitumstände wie übrigens auch Hans Oehler stilisiert, gehört offenbar zur neokonservativen Interpretation der Aktivitäten NS-freundlicher Schweizer[30].

Tatsächlich war Ammann schon seit März 1938 wegen seiner Kontakte nach Deutschland unter steigenden Legitimationsdruck geraten, so dass Reichsarchivdirektor Albert Brackmann überlegte, seinen wichtigsten Archivar aus der Schweiz abzuziehen[31]. Dass die bisherige Forschung Ammanns Rolle bei der Förderung einer schweizerischen NSDAP vernachlässigte, erscheint angesichts der bisher dargelegten Verschränkung mit führenden reichsdeutschen

[30]Vgl. Horst Zimmermann (wie Anm. 1), S. 211 und 263. Diese und weitere Erklärungen über eine angebliche Abwendung Ammanns von frontistischen, d. h. NS-freundlichen Gruppen, die von Hans Steinacher gefördert und seitdem auch von Hans Adolf Jacobsen bis hin zu Horst Zimmermann wiederholt wurden, sind in ihrer wissenschaftlichen Grundlage brüchig geworden. Sie entsprechen den Tatsachen nicht, weil Ammann nachgewiesenermassen Aktieninhaber der «Neuen Basler Zeitung» gewesen ist, die 1939 wegen ihrer NS-Propaganda verboten wurde. Vgl. Jacobsen (wie Anm. 27), S. 348, und Zimmermann (wie Anm. 26), S. 278ff. und 284 sowie Zimmermann (wie Anm. 1), S. 210f. Steinacher formulierte darin rückblickend die Schutzbehauptung, dass er Ammann in Frankfurt 1936 getroffen und dieser den radikalen Frontisten ablehnend gegenübergestanden habe. Ammann habe die Positionen General Ulrich Willes um die Jahrhundertwende vertreten, eine Schweiz mit deutschem Nationalbewusstsein zu pflegen. Der Beleg für Ammanns Engagement bei der «Neuen Basler Zeitung» bei Hermann Wichers, Die Neue Basler Zeitung 1935 bis 1940 und ihre Entwicklung vom rechtskonservativen Parteiblatt zum frontistischen Organ, in: BZGA 93 (1993), S. 155–173. Vgl. dazu auch Christian Simon, Hektor Ammann – Neutralität, Germanophilie und Geschichte, in: Mattioli, Aram (Hrsg.), Intellektuelle von rechts. Ideologie und Politik in der Schweiz der Zwischenkriegszeit, Zürich 1995, S. 29–53.

[31]Archiv ETH NL Ammann VIII 205, Beantwortung der Interpellation Kohlers im Grossen Rat des Kantons Aargau vom 6.3.1939, sowie die Stellungnahme Ammanns vom 15.6.1938. Das politische Doppelspiel, das Ammann betrieb, wird von Hans Steinacher wie üblich nur verklausuliert dargestellt. Ammann hatte in einem Gespräch mit Felix Kraus, dem VDA-Verbindungsmann in Wien, dargelegt, dass eine Aufrechterhaltung der Arbeitsbeziehungen zum VDA durch den parteipolitischen Eingriff in die Führung des VDA, also Steinachers Entlassung, unmöglich würde. Vgl. die Stellungnahme von F. Kraus zur Entlassung Steinachers vom 29.10.1937 bei Jacobsen (wie Anm. 27), S. 457. Kraus war Mitglied der AFG. Einen «isolationistisch gefärbten Patriotismus» Ammanns daraus ableiten zu wollen, ist allerdings Wissenschaftsprosa. Vgl. Gerhart Waeger, zitiert bei Kurt Humbel, Nationalsozialistische Propaganda in der Schweiz 1931–1939, Bern 1976, S. 73.

Wissenschaftlern erklärbar. Das folgende Zitat einer Notiz über ein Gespräch Hans Schwalms mit dem befreundeten Bonner Landeskundler Franz Petri unterstreicht die politische Bedeutung Ammanns: «Des weiteren lobte er [gemeint ist Franz Petri, MF] sehr Ammann, auch gegen meine Bedenken. Er sei nach seiner Ansicht wirklich bewusst volksdeutsch und habe seinerzeit eine Professur ausgeschlagen, weil ihm ein schweizerisches Glaubensbekenntnis abverlangt worden sei. Dass Ammann den Kreis um Oehler, zu dem auch Zander gehört, negativ beurteilt, erklärte er dadurch, dass Ammann derartige Versuche, einen schweizerischen Nationalsozialismus zu begründen, für verfrüht halte und der Ansicht sei, dass dadurch nur die Gegenkräfte vorzeitig mobilisiert würden. [...]»[32]

Dieses Hindernis erschien Ammann 1940 mit der ‹Eingabe der 200› jedoch nicht mehr gegeben, als er die politische Annäherung der Schweiz an das Deutsche Reich befürwortete. Obwohl seine Korrespondenz von Bern überwacht wurde, hielt er seine Verbindungen zum Deutschen Reich aufrecht. Ammann nahm im Herbst 1938 an der Vorstandssitzung der VFG in Berlin teil, an der das unter massgeblicher Beteiligung der VFG zustande gekommene Münchner Abkommen gewürdigt wurde. Er sah sich nach seiner Rückkehr in die Schweiz «verpflichtet», über seinen Besuch bei «alten Freunden» einen Stimmungsbericht an Bundesrat Giuseppe Motta zu erstatten. Er betonte, Hitler sei der «Schweiz immer recht günstig» gesonnen. Ammann bestätigte die ‹offizielle› deutsche Politik gegenüber der Schweiz, dass das Deutsche Reich keine «aktive Politik» betreibe. Die Befürchtung der Schweizer, so folgerte Ammann, «dass der deutsche Nationalismus [sic!] auch nach unserm Lande greifen könnte», würden in Deutschland «halb belustigt und halb empört» verfolgt. Deshalb empfahl Ammann bereits 1938, die Schweizer Presse solle gegenüber Deutschland eine neutralere Position einhalten, denn die «ständige weitgehende Kritik an den innern deutschen Verhältnissen« werde mit zunehmender «Erbitterung» auch unter «unpolitischen Militärs» registriert. Ammann schlug vor, gegenüber dem Deutschen Reich eine Art ‹Appeasement-Politik› zu verfolgen. Er plädierte wiederholt für eine Annäherung der schweizerischen Aussen-, Wirtschafts- und Medienpolitik an das Deutsche Reich[33].

[32]Hauptredakteur Hans Schwalm im Protokoll als Mitschrift überliefert, in: BAK, R 173; 148, Bericht über die Besprechung mit Dr. Petri in Köln am 29. Oktober 1937, 20.30 – nach 1 Uhr.

[33]Bundesarchiv Bern, E 2001 D–3 B.46.A.10. Bd. 285, Ammann/Motta vom 2.11.1938.

Ammann dürfte damit der wichtigste Vertrauensmann der deutschen Kulturpolitik in der Schweiz gewesen sein, zumal nach einer Auswertung der Akten des Berner Bundesarchives dieser Zeit klar ist, dass die diplomatischen Schweizer Landesvertretungen in Köln und Berlin nicht über adäquate Informationskanäle verfügten. Er gilt in der schweizerischen Historiographie noch immer zu Unrecht als umstrittene konservative Figur, obwohl seine Kontakte nach Deutschland aufgearbeitet wurden. Es gelang ihm, wichtige Verbindungen zu verschleiern, so etwa diejenige zum Sudetendeutschen Konrad Henlein, dem Präsidenten der Stiftung F.V.S. in Hamburg, den er schon in den 20er Jahren in der Schweiz kennen gelernt hatte, diejenige zu Hans Steinacher genauso wie die Kontakte zu Klaus Hügel. Er verfügte damit über zentrale Schnittstellen zum deutschen Netzwerk der Forschungsförderung, Forschung und politischen Ämter. Seine Tätigkeit im Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz und bei der ‹Eingabe der 200› ist in der Schweiz weitestgehend aufgearbeitet und braucht deshalb hier nicht ausgebreitet zu werden[34]. Inwieweit er mit seinem Doppelspiel zur Destabilisierung der Schweiz beitrug, bleibt der künftigen Forschung vorbehalten.

Ammanns Kontakte in den intimen Machtbereich der deutschen Nationalsozialisten reichten weit: Er traf sich zusammen mit weiteren Vertretern des *Volksbundes für die Unabhängigkeit der Schweiz* wiederholt mit dem zuständigen Chef des SS-Auslandsnachrichtendienstes in Stuttgart und Leiter des Alemannischen Kreises, Klaus Hügel. Dem Politischen Departement waren die Zusammenkünfte u. a. am 23. September 1940 in Zürich mit anderen schweizerischen Persönlichkeiten wie Heinrich Frick, Caspar Jenny und Andreas Sprecher bekannt geworden, nicht hingegen die Funktion Klaus Hügels, und gerade diese Uninformiertheit des Politischen Departements kann man durchaus als signifikant festhalten[35]. Gegenstand der Zusammenkunft auf Schloss Wülflingen war von schweizerischer Seite das Verhalten gegenüber den folgenden Massnahmen im Deut-

[34]Vgl. Archiv ETH NL Ammann VIII 159, Beschwerdeantwort Ernst Steiners beim Schweizer Bundesgericht vom 15.11.1946. Schon Daniel Bourgeois hat auf die Verbindungen des VDA mit dem Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz hingewiesen, die schon seit den 20er Jahren bestanden. Vgl. dazu die Ausführungen bei Daniel Bourgeois, Le Troisième Reich et la Suisse, Neuenburg 1974, S. 19–27, 41–48, 143–148, sowie Simon (wie Anm. 30).

[35]Bundesarchiv Bern, E 2001 D–3 B.46.A.21.1. Bd. 290, Politisches Departement/O. Gloor vom 15.10.1945. Vgl. Bourgeois (wie Anm. 34), S. 200ff.

schen Reich: Versicherungswesen nach dem Krieg, Benachteiligung des Schweizer Kapitals in Deutschland, das Gefühl der Bedrohung durch Deutschland, Südtirol, die «Art der Judenverfolgung» (sic!), Emigrantenabschiebung, Übergriffe der SA und schliesslich die aggressive Hetze der deutschen Presse gegen die Schweiz. Gefordert wurde eine verstärkte Orientierung über Deutschland durch eine Förderung von Reisen für Schweizer Journalisten nach Deutschland. Deutlich war hingegen der Standpunkt der deutschen Delegation, die eine grössere Befürwortung der deutschen Position beim Krieg gegen England verlangte. Die Schweiz würde genauso behandelt wie Belgien oder Rumänien, andernfalls wolle man von deutscher Seite die wirtschaftlichen Sanktionen gegen die Schweiz intensivieren. Das Interesse Deutschlands sei es aber, die «Schweiz als Mitarbeiter» für das Deutsche Reich zu gewinnen[36]. Diese Hoffnung auf eine Zusammenarbeit bestand offenbar auf beiden Seiten.

Damit erfüllte Ammann jene politische Strategie des NS-Regimes, welche einerseits eine harte Linie gegenüber der neutralen Schweiz führte und einen ‹Pressekrieg› in deutschen Zeitungen einleitete, und andererseits darauf bedacht war, beschwichtigend mit Pressedemarchen bei der Schweizer Regierung vorstellig zu werden, um eine publizistische ‹Neutralität› der Schweiz zu erwirken[37].

Wissenschaftspolitisches Umfeld

Welche Bedeutung spielten Schweizer Wissenschaftler im Rahmen der Westdeutschen Forschungsgemeinschaft für die kulturelle Hegemonie Deutschlands? Lassen sie sich signifikant in einen politischen Rahmen einordnen? Hektor Ammann verfügte als Schweizer Vertrauensmann und Mitinhaber der «Neuen Basler Zeitung» über

[36]Abschrift der Aktennotiz, die Heinrich Frick im Nachgang der Besprechung vom 23.9.1940 anfertigte. Bundesarchiv Bern, E 2001 D–3 B.46.A.21.1. Bd. 290, Politisches Departement/O. Gloor vom 15.10.1945. Vgl. auch den Bericht des Regierungsrates Basel-Stadt über die Abwehr staatsfeindlicher Umtriebe in den Vorkriegs- und Kriegsjahren sowie die Säuberungsaktion nach Kriegsschluss, Basel 1946, und Bourgeois (wie Anm. 34), S. 200–207. Die politische Beeinflussung der schweizerischen Presse im Vorfeld des siegreichen Abschlusses des Frankreichfeldzuges durch die deutsche Gesandtschaft in Bern erfolgte indes schon im Juli 1940.

[37]Um so wichtiger mussten die ‹entschärften› propagandistischen Mitteilungen in öffentlich anerkannten Zeitungen wirken. Vgl. auch Edgar Bonjour, Geschichte der Schweizerischen Neutralität. Vier Jahrhunderte eidgenössischer Außenpolitik, Bd. V: 1939–1945, Basel, 2. Aufl., 1971, S. 161–238.

ein filigranes Netz von Kontakten in der Nordwestschweiz, in Graubünden, im Wallis und in der Westschweiz (Universität Fribourg). Dieses sehr wirksame Netzwerk arbeitete eng mit deutschen Volkswissenschaftlern zusammen. Es soll im folgenden Kapitel das Wechselverhältnis zum nationalsozialistischen Deutschland hervorgehoben werden. Die Kontaktpersonen lassen sich folgenden völkischen, intellektuellen Zentren in der Schweiz zuordnen: 1. den «Nationalen Heften», 2. der «Neuen Basler Zeitung» und 3. den «Schweizer(ischen) Monatsheften», dem Organ des *Volksbundes für die Unabhängigkeit der Schweiz*.

Die ‹germanophilen› Organisationen setzten sich zum Ziel, die vermeintliche französische Präponderanz und den italienischen Irredentismus in der Schweiz abzuwehren: Die Vertretung des *Vereins für das Deutschtum im Ausland* in der Schweiz war der *Deutschschweizerische Sprachverein* unter seinem Präsidenten Eduard Blocher. Diesem Sprachverein gehörten neben Hans Oehler auch der Obmann der *Schweizerischen Vereinigung für Heimatschutz*, Gerhard Boerlin aus Basel, an, der wiederum Kuratoriumsmitglied der Johann Wolfgang Goethe-Stiftung war, sowie Hektor Ammann. Ihr Ziel war es, sich französischen und italienischen Tendenzen in der Schweiz zu widersetzen und eine ‹deutschfreundliche› Haltung in der Bevölkerung aufzubauen. Der Kontakt dieser germanophilen Vereine zum *Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz* wurde durch Doppelmitgliedschaften gewährleistet[38]. Mit Eduard Blocher vereinte Hektor Ammann die Absicht, in der Schweiz einen germanischen Kulturursprung nachzuweisen. Beide publizierten bereits vor 1918 in der alldeutschen Zeitschrift «Deutsche Erde», deren Name zugleich politisches Programm war. Blocher versuchte 1906 – wie Klaus Urner ausführlich beschrieb – den Nachweis zu erbringen, dass die Bevölkerung im Schweizer Jura germanischer Herkunft gewesen sei. Ammann legte Arbeiten über die demographisch bedingte Verschiebung der Sprachverhältnisse im Berner Jura und über die vermeintlich «zunehmende Überfremdung» der Schweiz durch italienische Fremdarbeiter vor, die die «Eigenart der Schweiz» gefährden wür-

[38]Staatsarchiv Aarau, Akte Hektor Ammann, Landesobmann des VDA Baden, Weinheim, Französische Kulturpropaganda in Basel vom 27.1.1929. Ammann vermerkte neben den Vorschlägen des VDA-Obmanns handschriftlich, dass die Tageszeitungen Berner Tagblatt, Thurgauer Zeitung und St. Galler Tagblatt deutschfreundlich seien. Vgl. Bourgeois (wie Anm. 34), S. 19–27. Zu Ammanns publizistischen Verbindungen vgl. Simon (wie Anm. 30), sowie Humbel (wie Anm. 31), S. 64–70.

de[39]. Das völkische Paradigma wandelte sich so seit der Jahrhundertwende von rein sprachlichen Fragestellungen im Verlaufe der 20er Jahre zu historisch-geographischen und rassistischen Themen.

Die ideell und durch das Auswärtige Amt in Berlin auch materiell unterstützten «Schweizer Monatshefte» bildeten nur eine völkische Antwort auf die französische Herausforderung. Hans Oehler war als Schriftleiter der mit deutscher Hilfe gegründeten Zeitschrift «Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur» während der 20er Jahre *Mitglied der Arbeitsgemeinschaft deutscher Zeitschriften für die Interessen des Grenz- und Auslandsdeutschtums*. Es handelte sich hier um ein vom Jungkonservativen Rudolf Pechel ins Leben gerufenes Medienkonglomerat, das während der Weimarer Republik die politische Grenzlandarbeit förderte und die deutsche auswärtige Kulturpolitik unterstützte. Während der NS-Zeit versorgten die rechtslastigen «Schweizer Monatshefte» ihren Leserkreis mit Gedankengut, das die NS-Kultur als Vorbild für Schweizer Literatur anpries, so etwa, als elsässische Nationalsozialisten ihre Kulturanschauung breit ausführen konnten[40]. Ammanns Vorliebe für das vermeintlich bedrohte Grenz- und Auslandsdeutschtum schlug sich nicht nur in Artikeln in der jungkonservativen Zeitschrift «Deutsche Rundschau» nieder, die von Rudolf Pechel herausgegeben wurde. In den «Schweizer Monatsheften» kämpfte er vorzugsweise gegen den italienischen Faschismus und dessen irredentistische Politik im Tessin und in den Schweizer Italienerkolonien. Die Verbindungen zwischen den völkischen, jungkonservativen Organisationen des Deutschen Reiches und dem *Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz*, auf die Daniel Bourgeois hingewiesen hat, sind vielschichtig. Wei-

[39]Hektor Ammann, Die Sprachverhältnisse des Berner Jura, in: Deutsche Erde 1914, S. 191–202, und Deutsche Erde 1915, S. 2–14. Zitat aus Ammann, Die Italiener in der Schweiz, 1917 (wie Anm. 25), S. 3.

[40]Vgl. Julian Schütt, Germanistik und Politik. Schweizer Literaturwissenschaft in der Zeit des Nationalsozialismus, Zürich 1996, S. 112; Klaus Dieter Zöberlein, Die Anfänge des deutschschweizerischen Frontismus. Die Entwicklung der politischen Vereinigungen «Neue Front» und «Nationale Front» bis zu ihrem Zusammenschluß im Frühjahr 1933, Diss. Marburg, Meisenheim 1969, S. 124–148, stellt die «Schweizer Monatshefte» berechtigterweise in den Umkreis der Fronten. Der deutsche Journalist und späteres Mitglied der WFG, Wilhelm Kapp, war an der Gründung der «Schweizerischen Monatshefte für Politik und Kultur» beteiligt, die ihm ein schweizerischer Mittelsmann, vermutlich Hektor Ammann, ermöglichte. Zur finanziellen Unterstützung der «Schweizer Monatshefte» durch das Auswärtige Amt vgl. Irmgard Grünewald, Die Elsaß-Lothringer im Reich 1918–1933, Frankfurt a. M. 1984, S. 141.

tere Mitarbeiter der «Neuen Basler Zeitung» fanden sich wiederum auf den Tagungen der WFG und vermutlich auch der AFG ein[41].

Der Basler Romanist Walther von Wartburg, der bis 1939 als Mitglied der WFG sowie der AFG in Leipzig lehrte, publizierte eine Serie von Artikeln über die Entstehung der romanischen Sprachräume ganz im Stil der regionalen, ethnozentrischen Linguistik; einer von ihnen erschien 1936 in den «Schweizer Monatsheften». Wartburg nahm das vermeintliche Forschungsdefizit aus der Sicht der «germanischen Herrenvölker» zum Anlass, um auf die territorialen Abspaltungen romanischer Sprachen seit dem Zerfall der Romania einzugehen. Zu den neun romanischen Sprachen zählte er auch das Rätoromanische. Dieses sei bisher die einzige über mehrere Staaten verteilte Sprache, die sich nicht als Nationalsprache habe durchsetzen können. Ursachen dafür legte er in einem Abriss über die geschichtliche Entwicklung seit der Völkerwanderungszeit dar: Durch die topographische Randlage Rätiens (diesseits der Pässe Furka und Oberalp) sei eine Isolation eingetreten, die einen Kulturaustausch zwischen den westlichen romanischen Gebieten nicht mehr gewährleistet habe. In einer zweiten Etappe, die das Mittelalter hindurch dauerte, habe das «germanische Element» durch die «ganz erstaunliche Kolonisationstätigkeit und Expansionskraft» die südliche Seite des Alpenhauptkammes erschlossen. Mit der alemannischen Kolonisation habe eine «Germanisierung» dieser Gebiete stattgefunden. Eine Vermischung sei nicht erfolgt. Für die angrenzenden

[41]Vgl. Archiv ETH NL Ammann, Zeitungsausschnittssammlung «Der Fall Dr. Hektor Ammann», in: Basler Nachrichten vom 31.12.1945. Bisher wurden folgende Personen identifiziert: Es sind dies Gerhard Boerlin, der Germanist Andreas Heusler und Jean R. Frey aus Basel, Heribert Reiners aus Fribourg, der schon in Gerolstein dabei war, Martin Rikli aus Zürich und Ernst Steinemann aus Schaffhausen. Gerhard Boerlin war Basler Appellationsgerichtspräsident und als Obmann der Schweizerischen Vereinigung für Heimatschutz führend im Deutschschweizerischen Sprachverein und in der Redaktion der «Schweizer Monatshefte» tätig. Vgl. Klaus Urner, Die Gründung der Schweizerischen Monatshefte für Politik und Kultur, in: Schweizer Monatshefte 50 (1971), S. 1064–1078. Ob es sich bei Frey um den Redakteur der «Neuen Basler Zeitung», Jean-Richard Frey, handelte, konnte nicht ermittelt werden. Vgl. Wichers (wie Anm. 30), S. 155–173. Jean-Richard Frey ist das Pseudonym für den Redakteur der «Neuen Basler Zeitung», Jean Weber Frey, geboren am 11.4.1872. Vgl. Bundesarchiv Bern E 4320 B 1970/25: 62 und 63. Jean-R. Frey war allerdings schon auf den Tagungen der Leipziger Stiftung während der Weimarer Republik zugegen. Es ist damit nicht ausgeschlossen, dass es sich um ihn handelt, zumal er eine reges Interesse an der Schiffbarmachung des Hochrheins zeigte. Vgl. BAK R153/1509, Bericht der Tagung in Badenweiler vom 25./26.9.1933.

romanischen Gebiete erläuterte Wartburg dann noch das Eindringen der Langobarden nach Norditalien, die ein enges Band mit den Germanen geknüpft hätten[42]. Dieser Gesichtspunkt wurde entscheidend, als das SS-Ahnenerbe 1943/44 in Norditalien Kulturgüter durch Archiv- und Kulturraub beschlagnahmte[43].

Der ethnozentrische Ansatz dieser volkswissenschaftlichen Forscher traf in der Schweiz bei jenen auf fruchtbaren Boden, die Staatsgrenzen durch Kulturräume ersetzt sehen wollten, ohne dadurch – vorläufig – als abtrünnige Eidgenossen stigmatisiert zu werden. Auch Paul Schibli oder Paul Kläui räumten diesem fragwürdigen Ansatz einen so grossen Stellenwert ein, dass er ihnen nach dem Zweiten Weltkrieg in der Schweiz den Ruf einbrachte, zu deutschfreundlich gewesen zu sein.

Stellvertretend für diesen ethnozentrischen Ansatz soll hier die Karte von Rudi Keller aus dem Alemannischen Liederbuch von 1938 das Engagement der Mitglieder der VFG verdeutlichen *(Abb. 1)*. Kellers Arbeit wurde zum Teil vom Alemannischen Institut und der Städtischen Volksbücherei in Freiburg i. Br. finanziert. Bruno Grimm wies in seiner bereits 1939 erschienenen Kritik an der NS-Propaganda die richtungweisende, ungebrochen integrative Funktion von Volkslied- und Volkstumsideologie als wichtige Impulse der NS-Ideologie nach; zu einem Zeitpunkt, als die deutsche Musikwissenschaft ‹entartete Musik› (moderne Musik) und ‹Negermusik› (Jazz) als ‹undeutsch› ausgegrenzt hatte und Friedrich Metz unalemannische Musikhochschullehrer von der Universität Freiburg entfernen liess. Allerdings unterliess es Grimm damals zu erwähnen, dass dieses Alemannische Liederbuch in Verbindung mit dem Germanisten Otto von Greyerz in Bern, Josef Müller-Blattau in Freiburg i. Br.

[42]Vgl. Walther von Wartburg, Die Entstehung der romanischen Sprachräume, in: Schweizer Monatshefte 16/1936, S. 1–15. Erstaunlicherweise hatte Wartburg seine historische Sprachsoziologie soweit getrieben, dass er sich nicht mehr nur dem romanischen Sprachbereich widmete. Er gehörte zu denjenigen Sprachwissenschaftlern, die sich in den Proportionen Niederdeutsch:Hochdeutsch und Okzitanisch:Französisch um eine regionale Gliederung der Sprachen kümmerten. Vgl. zu dieser Problematik, und inwieweit eine Soziologisierung dieser sprachwissenschaftlichen Methoden damals überhaupt stattgefunden hat, ausführlich Utz Maas, Die sprachwissenschaftliche Beschäftigung mit dem Niederdeutschen zur Zeit des Nationalsozialismus, in: Kay Dohnke [et al.] (Hrsg.), Niederdeutsch im Nationalsozialismus. Studien zur Rolle regionaler Kultur im Faschismus, Hildesheim / Zürich / New York 1994, S. 279f.

[43]Vgl. Michael H. Kater, Das »Ahnenerbe«. Die Forschungs- und Lehrgemeinschaft in der SS. Organisationsgeschichte von 1935–1945, Diss. Heidelberg 1966, S. 138ff. und 376.

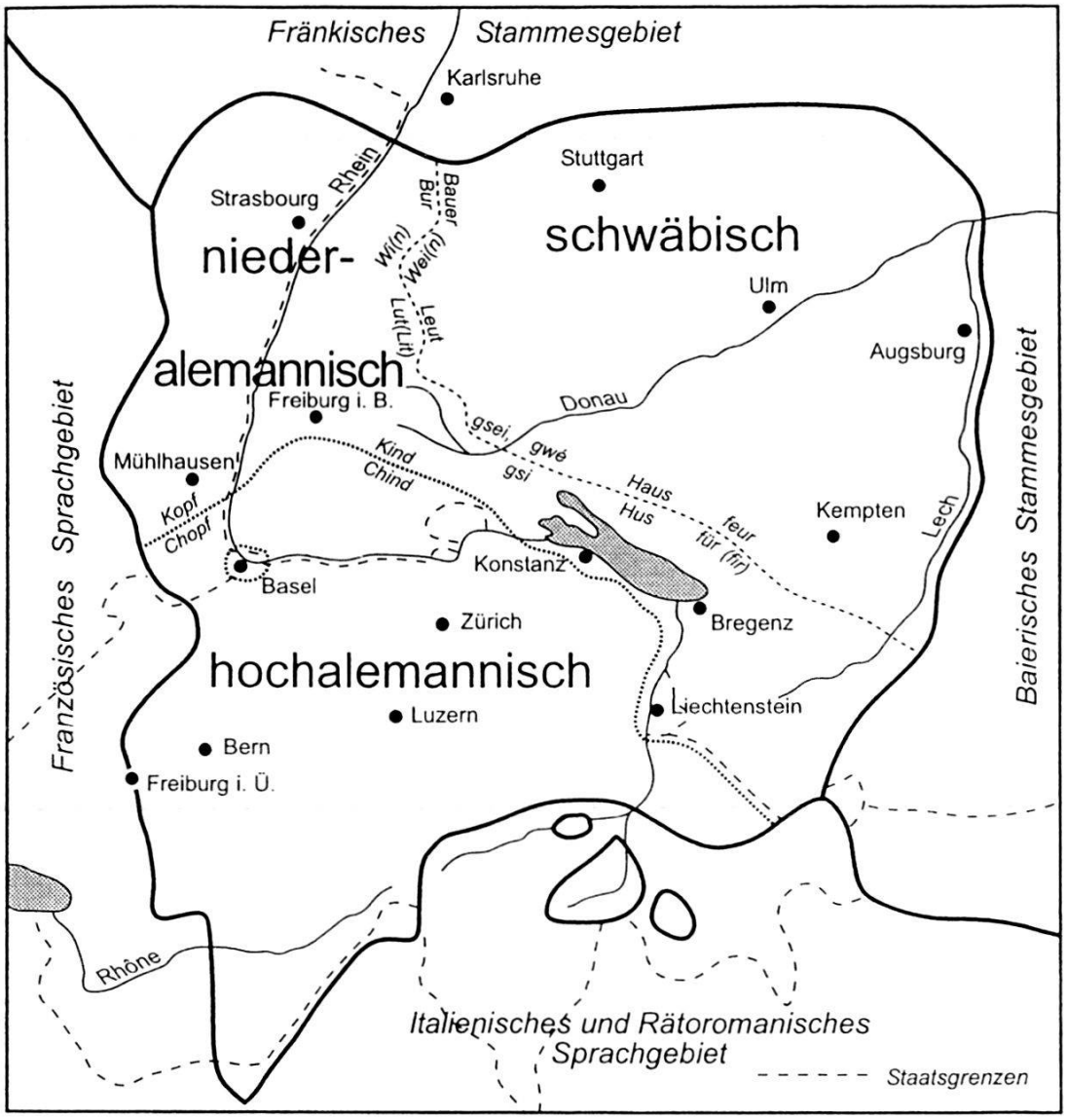

Abb. 1. Alemannisch-schwäbischer Sprachraum, aus: Rudi Keller, Alemannisches Liederbuch, Freiburg i. Br. 1938, S. 122.

und Josef Simon in Colmar erschienen war. Möglicherweise hätte Grimm mit einem solchen Hinweis den durch die geistige Landesverteidigung getragenen helvetischen Konsens zerbrochen. Otto von Greyerz hing wie Eduard Blocher bereits während der 20er Jahre den völkischen Ideen an. Wenig hilfreich erscheint hier die von Julian Schütt entwickelte Kategorie, derzufolge er Greyerz lediglich als «deutschfreundlich» bezeichnet. Er bescheinigt ihm trotzdem, dass er der Schweizer Neutralität positiv gegenübergestan-

den und sich auf einen «nationalen Innenraum» besonnen habe. Dieser Euphemismus unterschlägt die politischen Einstellungen der Akteure in ihrem zeitgebundenen Kontext während des Dritten Reiches, wie er hier in seiner Bedeutung beispielhaft anhand der WFG aufgezeigt und argumentativ erläutert wurde[44]. Ihm ist mit dieser Darstellung die Grundlage entzogen, und die längst fällige Korrektur eines Mythos ist damit erfolgt.

Zusammenfassung

Um die ambivalente Haltung einiger Schweizer Kulturwissenschaftler während des Dritten Reiches nachzuvollziehen, gilt es ihre Rolle als Kollaborateure vor dem Hintergrund des wissenschaftlichen Netzwerkes der Westdeutschen Forschungsgemeinschaft und Alpenländischen Forschungsgemeinschaft darzustellen und zu analysieren. Aus ihrer Sicht befanden sie sich in dem Spannungsfeld zwischen Schweizertum und deutscher Hegemonie, zwischen Anerkennung der eigenständigen politischen Struktur und der Geschichte der Schweiz einerseits, bedingungsloser Hingabe an das deutsche Kulturleitbild andererseits. Im Zentrum der vorliegenden Untersuchung stehen der aargauische Staatsarchivar Hektor Ammann und andere Wissenschaftler aus der Region Basel. Sie verfügten teilweise über Kontakte zu höchsten NS-Kreisen. Mit ihren intimen Kenntnissen aus dem Deutschen Reich dienten sie sich dem Schweizer Bundesrat an. Ist Ammann demnach ein Patriot zwischen den Fronten im Grenzland gewesen? Im geopolitischen Diskurs der 1930er und 40er Jahre wurden die Schweizer Hauptsprachgebiete auf ihre Nachbarländer aufgeteilt. Die Vision der Volkswissenschaftler war eine Aufhebung dieser Staatsgrenzen zugunsten vermeintlicher Volksgrenzen, die sich eben an den Sprach- und Kulturgrenzen orientierten.

[44]Rudi Keller, Alemannisches Liederbuch, Freiburg i. Br. 1938. Vgl. Bruno Grimm, Gau Schweiz? Dokumente über die nationalsozialistischen Umtriebe in der Schweiz, Bern 1939, S. 19f., und Staatsarchiv Freiburg, C4 X 19 10, Metz/Vollert vom 22.5. 1939, S. 2ff. Vgl. dazu Schütt (wie Anm. 40), S. 27. Zum Musikwissenschaftler J. Müller-Blattau, der in Freiburg i. Br. einer antisemitischen, nordisch-germanischen Tradition nachging, vgl. Eckhard John, Der Mythos vom Deutschtum in der Musik. Musikwissenschaft und Nationalsozialismus, in: Eckhard John [et al.] (Hrsg.), Die Freiburger Universität in der Zeit des Nationalsozialismus, Würzburg 1991, S. 168–179.

Die während der NS-Periode beteiligten Schweizer Wissenschaftler lassen sich unterteilen: in jene, die absolute Loyalität zum Rechtsstaat Schweiz zeigten und unmittelbar auch in die Geistige Landesverteidigung involviert waren; weiter in solche, die sich aus mehr oder weniger Unkenntnis in die internationalen Strukturen vorübergehend einbinden liessen. Bei ihnen musste dies nicht zwingend in Kollaboration umschlagen. Die hier zur Hauptsache untersuchte Kohorte von Kulturwissenschaftlern gehört dem letzten Drittel von Wissenschaftlern an, die sich bereits durch ihre politische Tätigkeit de facto von der Schweiz getrennt hatten. Dieser wichtige Befund lässt auch den Schluss zu, dass der nach 1945 gebrauchte Mythos der fehlenden Schweizer Kollaboration weiterhin nötig war, um NS-Anhänger und deutschfreundliche Patrioten zu trennen.

Auch von Affinität kann in diesem Zusammenhang kaum gesprochen werden. Hans Mommsen kritisierte auf dem Frankfurter Historikertag 1998 die im Zusammenhang mit der Diskussion um die Ostforschung aufgekommene Auffassung einer «Affinität zum Nationalsozialismus», deren Position ausdrücke, dass eine im Einzelfall unterschiedlich weit reichende Übereinstimmung mit den Zielsetzungen der NSDAP vorgelegen habe, aber die betreffenden Personen nicht als Nationalsozialisten im eigentlichen Sinne zu gelten hätten[45]. Demnach bestand auch für die Westforscher nicht eine Affinität zum Nationalsozialismus, sondern dies war der Nationalsozialismus.

Dr. Michael Fahlbusch
Falkensteinerstrasse 18
4053 Basel

[45]Hans Mommsen, Der faustische Pakt der Ostforschung, in: Winfried Schultze, Gerhard Oexle (Hrsg.), Deutsche Historiker im Nationalsozialismus (wie Anm. 5), S. 270f.